

13. 1. 2005



0028496680

CDU-Dokumentation 1/2000

Programmatische Offensive für Deutschland

Norderstedter
Erklärung

 des CDU-Bundesvorstands
anlässlich der Klausur-
tagung am 7./8. Januar 2000
in Norderstedt bei Hamburg

Das Jahr 1999 stand für die CDU unter dem Motto „Aufbruch '99“. Unser Konzept, die Erneuerung über Länder und Kommunen in Gang zu setzen, ist aufgegangen. Sieben Landtagswahlen haben stattgefunden. Es wurden sieben Landesregierungen mit CDU-Beteiligung gebildet. In vier Ländern regiert die Union jetzt mit absoluter Mehrheit. Wir haben die Bundesratsmehrheit von Rot-Grün gebrochen. Gegen die Union können in dieser Legislaturperiode in Deutschland im Bundesrat keine Entscheidungen durchgesetzt werden. Auch bei der Europawahl hat die Union nicht nur die absolute Mehrheit der deutschen Sitze errungen, sondern mit weitem Abstand das beste Ergebnis aller in den 15 EU-Ländern teilnehmenden Parteien erzielt. Damit trägt die CDU aufgrund des Vertrauens von Millionen von Menschen neue Verantwortung für unser Land.

Das Jahr 2000 beginnen wir mit einer programmatischen Offensive für Deutschland. Verantwortung tragen heißt für uns, mitten im Leben das Leben von morgen zu entwerfen.

Jede Zeit hat ihre Herausforderungen. Unsere Zeit ist geprägt durch Entwicklungen, die wir mit Globalisierung, Wissensgesellschaft und Digitalisierung umschreiben. Bei einer insgesamt rasant wachsenden Weltbevöl-

kerung steigt die Lebenserwartung der Menschen in allen Erdteilen. Die Entwicklung in den Industriestaaten zeichnet sich bereits heute durch starke Alterung aus. Gleichzeitig sind die Menschen einen immer geringeren Teil ihres Lebens in der klassischen Erwerbsarbeit tätig. Globale Verflechtungen sprengen die Grenzen von bislang lokal relevantem Handeln. Gleichzeitig haben lokale Krisen sehr viel häufiger und vor allem sehr viel schneller globale Auswirkungen.

In diesem Umfeld erwachsen neue Anforderungen an die Politik. Zwar sind wir uns der globalen Verflechtungen und der grundsätzlichen Überlebensfragen der Menschheit heute bewusster denn je. Doch in vielen Bereichen sind wir erst am Anfang, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Auch im 21. Jahrhundert erwartet die Frage der gerechten Teilhabe am Fortschritt und am gesellschaftlichen Leben eine befriedigende Antwort. Im 20. Jahrhundert ist es gelungen, den Konflikt von Arbeit und Kapital mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weitgehend zum Wohle der Menschen zu lösen. In diesem Zusammenhang hat die CDU auch die Neue Soziale Frage in den 70er und 80 Jahren geprägt.

Im 21. Jahrhundert stellt sich die soziale Frage neu. Märkte und Kapital sind globalisiert, der Faktor Arbeit ist hingegen weitestgehend an lokale Arbeitsmärkte gebunden. Das

menschliche Wissen wird immer mehr zu einem bedeutenden Produktionsfaktor, es ist das wichtigste Kapital in der Zukunft. Daraus ergeben sich neue Aufgaben für die Verteilung der Arbeit, für die Teilhabe an der Gesellschaft und für die Organisation der sozialen Sicherungssysteme. Die CDU wird deshalb die bewährte Ökologische und Soziale Marktwirtschaft unter globalisierten Bedingungen weiter entwickeln.

Wenn wir die Herausforderungen als Chance begreifen, werden sich ungeahnte Möglichkeiten des Fortschritts ergeben. Begreifen wir die Veränderungen nicht, werden wir schwere gesellschaftliche Konflikte für zukünftige Generationen hinterlassen.

Aufgabe der Politik ist es, den Menschen in diese neue Zeit Brücken zu bauen und sie auf diesem Weg zu begleiten. Eine Politik aber, die jedem alles verspricht, wird scheitern. Schröder und seine Regierung setzen keine oder falsche Prioritäten und verwickeln sich damit in immer neue Widersprüche. Mit der unsinnigen erneuten Anhebung der sogenannten „Öko-Steuer“ setzt die Bundesregierung auch im neuen Jahr ihre ziellose und bürgerfeindliche Politik fort. Trotz anziehender Weltkonjunktur wird Deutschland nach 1999 auch im Jahr 2000 nur unterproportional vom Wachstum in Europa profitieren. Die positive Entwick-

lung des Arbeitsmarktes aus dem Jahre 1998 ist völlig zusammengebrochen. Der Aufbau Ost ist ins Abseits geraten. Wenn es in diesem Jahr zu einer leichten Reduktion der Zahl der Arbeitslosen kommt, dann liegt das nur daran, dass weniger Jüngere auf den Arbeitsmarkt drängen, als Ältere ausscheiden.

Politische Führung im 21. Jahrhundert dagegen bedeutet, die neuen Prioritäten klar zu benennen. Darauf wird die CDU ihre Arbeit im Jahr 2000 konzentrieren. Eine weitere wichtige Etappe auf diesem Weg wird unser Essener Parteitag im April 2000 sein. In den nächsten Monaten werden wir uns auf die Themen einer umfassenden Steuerreform, einer Weiterentwicklung unserer Bildungspolitik, einer zukunftsfähigen Altersversorgung und einer neuen Kompetenzverteilung innerhalb unseres Staates konzentrieren. Außerdem geht es darum, welche Rolle Deutschland in Europa in Zukunft spielen wird. Mit dieser Politik machen wir deutlich: Die Opposition von Heute ist die Regierung von Morgen.



Wir brauchen eine Neuorientierung in der Steuerpolitik.

Zur Lösung der Probleme bei Wachstum und Beschäftigung brauchen wir eine Neuorientierung in der Steuerpolitik.

Die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung ist voller Widersprüche:

■ Ende 1999 wird „die größte Steuerentlastung aller Zeiten“ versprochen, aber bisher sind die Steuern in Deutschland unter dieser Regierung um rund 30 Mrd. DM angehoben worden.

■ Die sog. „Öko-Steuer“ ist zu einer unverschämten Abkassiererei der Autofahrer geworden. In den 15 Monaten einer rot-grünen Bundesregierung sind die Benzinpreise um 30 Pfennig pro Liter gestiegen. Obwohl der Bundeskanzler zugesagt hat, „mit ihm werde es ohne einheitliche europäische Regelung maximal 6 Pfennig auf den Liter geben“, sind es jetzt im Durchschnitt 2 Pfennig pro Monat, seitdem Schröder regiert. Weitere Erhöhungen von 7 Pfennig pro Jahr sind beschlossene Sache.

■ Die von uns konzipierte Steuerreform mit einer Entlastung von rund 40 Mrd. DM ist 1997 von der SPD mit der Begründung abgelehnt worden, sie sei unsozial und nicht finanzierbar. Jetzt sind plötzlich 70 Mrd. DM Entlastung möglich.

■ Die Bundesregierung plant erhebliche Steuererleichterungen einseitig für Kapitalgesellschaften – Frau Simonis fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Schröder und die SPD bleiben sich treu: Viel Show und wenig Substanz.

Wir wollen eine gründliche Reform mit Nettoentlastung für alle.

Die CDU will eine Steuerreform mit einer wirklichen Entlastung für Bürger und Betriebe. Wir wollen ein einfaches, überschaubares und gerechtes Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen und breiter steuerlicher Bemessungsgrundlage – aus Gründen der Steuergerechtigkeit und zur Vermeidung verfassungspolitischer Risiken. Wenn eine solche Reform mit unserer Zustimmung gelingen soll, müssen allerdings einige Voraussetzungen erfüllt sein:

■ Die Steuerreform muss einen Beitrag leisten für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dies geht nur mit einer geringeren Staatsquote und mit geringerer Steuer- und Abgabenlast.

■ Das auch von der Bundesregierung jetzt für möglich gehaltene Entlastungsvolumen muss genutzt werden, um eine gründliche Reform des Einkommensteuergesetzes mit einer Bereinigung der steuerlichen Bemessungsgrundlage zu verwirklichen. Wir beteiligen uns nicht an einer Steuerreform, mit der über die grundlegenden Probleme unseres Steuersystems weiter hinweggepfuscht wird.

Eine solche Steuerreform des Einkommensteuergesetzes erfordert:

■ die Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Einkunftsarten unabhängig von ihrer Entstehung und Verwendung;

■ die Absenkung des Steuertarifs der Einkommensteuer über seinen gesamten Verlauf vom Eingangssteuersatz bis zum Spitzensteuersatz;

■ eine Neuregelung der Kapitalertragsbesteuerung hin zu einer Abgeltungssteuer;

■ eine Festlegung auf Grundzüge der Besteuerung der Alterseinkommen (nachgelagerte Besteuerung) sowie des steuerpolitischen Teils der zweiten Stufe der Familienentlastung, die nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts spätestens am 1. 1. 2002 in Kraft treten muss.

Daraus ergeben sich für uns folgende weitere Schlussfolgerungen:

■ Der Eingangssteuersatz muss bei 15% liegen. Nur mit einem solchen niedrigen Eingangssteuersatz werden untere Einkommen hinreichend entlastet und Anreize geschaffen, Tätigkeiten in unteren Lohnbereichen anzunehmen.

■ Da Personengesellschaften dem Einkommensteuergesetz unterliegen, muss der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer so weit abgesenkt werden, dass die durchschnittliche Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften in etwa gleich hoch ist. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn der Spitzensteuersatz – je nach Höhe des Körperschaftsteuersatzes – deutlich unter 40% liegt. Hilfskonstruktionen für die Personengesellschaften wie eine Option für das Körperschaftsteu-

ergesetz oder die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld lehnen wir ab. Damit würde unser Steuerrecht noch komplizierter und für die kleinen und mittleren Unternehmen unkalkulierbar.

■ Die Körperschaftsteuer muss weiter abgesenkt werden. Die Gesamtbelastung aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sollte bei 38% liegen.

■ Das körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren sollte beibehalten werden.

■ Die Nettoentlastung für private Haushalte und Betriebe muss bei rund 50 Mrd. DM liegen; bei Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden in Höhe von 905 Mrd. DM im laufenden Jahr (= 75 Mrd. mehr als 1998) sind dies gerade einmal gut 5% der Steuereinnahmen, die an die privaten Haushalte und Unternehmen zurückgegeben werden. Eine solche Entlastung lässt sich insbesondere dann realisieren, wenn Besteuerungsausnahmen abgeschafft und in den öffentlichen Haushalten gespart wird.

■ Die Reform der Einkommensteuer muss im Interesse der Inlandsnachfrage und einer gleichmäßigen Entlastung der Unternehmen zügig verwirklicht werden. Wir können nicht bis zum Jahr 2005 warten, bis die letzte Stufe in Kraft getreten ist.

Die Einigung zwischen Bundesregierung und Opposition darf schließlich nicht erst im Vermittlungsverfahren

zustande kommen. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, frühzeitig mit der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und mit den von CDU und CSU geführten Ländern im Bundesrat eine Einigung herbeizuführen.

Wir halten eine Entlastung bei den Steuern auf Investitionen und Arbeitsplätze von rund 50 Mrd. DM noch in dieser Legislaturperiode wirtschaftspolitisch geboten und notwendig. Dies ist auch für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden verkraftbar. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Mut zu einer großen Steuerreform in dieser Legislaturperiode aufzubringen.

**Wir brauchen eine
verlässliche Politik der
Altersvorsorge.**

Wir halten eine verlässliche Politik der Altersvorsorge für unabdingbar. Die Bundesregierung hat das Vertrauen in die Rentenversicherung als eine der wesentlichen Säulen der Altersvorsorge tief erschüttert. Sie hat die zukunftsgerichtete Rentenreform der unionsgeführten Bundesregierung zurückgenommen und bislang kein Konzept für eine langfristige Sicherung der Altersvorsorge vorgelegt.

Es war ein Fehler, den demografischen Faktor zurückzunehmen. Mit der willkürlichen Aussetzung der Nettolohnanpassung in den Jahren

2000 und 2001 werden die langfristigen Probleme nicht gelöst.

Die sogenannte „Rente ab 60“ lehnen wir ab. Sie ist systematisch falsch und ungerecht. Bei steigender Lebenserwartung kann nicht früher in Rente gegangen werden. Wir brauchen stattdessen flexible und individuelle Übergänge beim Ausscheiden aus dem aktiven Erwerbsleben

Alle deutschen und internationalen Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass das einfache Modell „Ältere raus, Jüngere rein“ so nicht funktioniert, da lediglich ein relativ geringer Teil der frei werdenden Stellen auch tatsächlich wieder besetzt wird. Es würden mit Milliardenaufwand Arbeitsplätze vernichtet mit zusätzlichen negativen Auswirkungen auf die Einnahmenseite der sozialen Sicherungssysteme. Die junge und mittlere Generation würde zur Kasse gebeten, ohne selbst in den Genuss eines früheren Renteneintritts zu kommen. Es würde eine extreme Benachteiligung bedeuten, in den nächsten Jahren einen beachtlichen Teil des Einkommenszuwachses zur Finanzierung äußerst fragwürdiger Vorruhestandsprogramme aufzuwenden, ohne selbst einen Spielraum zum Aufbau einer eigenen ergänzenden Altersvorsorge zu haben.

Wir wollen den Generationenvertrag erhalten. Die Vorstellung, es könne jeder nur für sich selber sorgen, lehnen wir ab.

Urteilkraft, Verantwortungs- und Handlungsfähigkeit.

■ Für eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung, die den konkreten Anforderungen heutiger Schulwirklichkeit gerecht wird. Dazu gehört ein höherer Stellenwert der Lehrerbildung an den Hochschulen, die Etablierung von mehr Schulwirksamkeitsforschung und Systemen schulischer Evaluation und eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis in der Lehrerbildung.

■ Für die Zukunftsfähigkeit der dualen Ausbildung in der beruflichen Bildung, die die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nachhaltig steigert. Dazu sind Differenzierungsmöglichkeiten je nach Leistungsstärke der Auszubildenden und flexible Ausbildungszeiten je nach Vorbildung und Leistung der Auszubildenden notwendig. Erstausbildungen sollen grundsätzlich in einen Pflicht-, einen Wahlpflicht- und Wahlbereich gegliedert werden.

■ Für eine Weiterqualifizierung benachteiligter Jugendliche, die ihnen dauerhafte berufliche Perspektiven ermöglicht. Diese Jugendlichen brauchen Wege über die betriebliche Praxis, die sie motivieren zu weiterem Lernen, und eine gezielte Begleitung und Beratung über eine Jugendberufshilfe.

■ Für einen Ausbau der Weiterbildung durch die Gründung von Lernagenturen in öffentlicher und privater

Verantwortung, die als Zentren für Weiterbildungsberatung und die Vermittlung von Materialien, Kursen, Hilfen und Partnern für das lebenslange Lernen wirken und so auch Prozesse des selbstgesteuerten Lernens fördern.

■ Für die Gründung einer unabhängigen „Stiftung Bildungstest“ für Transparenz, Qualität und Verbraucherschutz der Weiterbildung.

■ Für die konsequente Integration multimedialer Medien in das Bildungswesen. Der Schlüssel dazu liegt nicht allein in der technischen Ausstattung, sondern in umfassenden Anstrengungen zu ihrer pädagogischen Integration in Bildungsprozesse. Dazu gehört die Entwicklung schultauglicher Software ebenso wie kostengünstige und wartungsfreundliche Netzwerklösungen für die Ausstattung von möglichst vielen Klassenzimmern. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung unserer Hochschulen zu Innovationszentren einer menschlich gestalteten innovativen Mediengesellschaft.

■ Für eine Weiterentwicklung unserer Hochschulen als Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektiven. Dazu gehört auch eine Reform von Dienstrecht und Besoldungsstrukturen, damit besondere Leistungen sich lohnen und die besten in Lehre, Forschung und Entwicklung sich für die deutschen Hochschulen engagieren. Die Leitung einer Hochschule muss

Von den jetzt begonnenen Partein-
gesprächen erwarten wir Mut und
Bereitschaft, eine wirklich langfristig
wirkende Reform anzugehen. Nach
heutiger Kenntnis liegen die großen
Probleme der Rentenversicherung in
den Jahren nach 2030. Das bedeu-
tet, dass es vor allem um die Alters-
sicherung der heute noch unter 35-
Jährigen geht, also einer Generation,
die ihre Altersvorsorge noch langfri-
stig planen kann.

Eine grundlegende Reform der Alters-
vorsorge beinhaltet für uns die Re-
form aller drei Säulen: die Reform
der gesetzlichen Rentenversiche-
rung, die Reform der betrieblichen
Altersvorsorge und die Reform der
privaten Altersvorsorge.

Wir schlagen vor, Steuer- und Ren-
tenreform im Zusammenhang zu
sehen. Der Einstieg in eine grundle-
gende Reform der Altersvorsorge
muss einhergehen mit entsprechen-
den steuerlichen Regelungen. Gleich-
zeitig muss geklärt werden, in wel-
cher Weise die Nettoentlastungen für
Arbeitnehmer rentensteigend wirken
sollen.

**Die Wissensgesellschaft
erfordert eine
neue Bildungspolitik.**

Nur eine lernende Gesellschaft ist
eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bil-
dung ist ein Schlüssel für individuelle
Lebenschancen und Motor für gesell-

schaftliche Entwicklung. Bildung be-
gründet Wohlstand. Kulturelle Teilha-
be und eine berufliche Perspektive
für alle durch Bildung zu ermögl-
chen, ist eine zentrale gesellschafts-
politische Aufgabe. Deshalb formu-
liert die CDU Deutschlands ein bil-
dungspolitisches Reformkonzept,
das die Herausforderungen des
sozialen und wirtschaftlichen Wan-
dels aufnimmt und das auf dem 13.
Bundesparteitag in Essen beraten
und verabschiedet werden soll.

Dafür setzen wir uns ein:

■ Für eine qualitätsbewusste Wei-
terentwicklung unserer Schulen, in
denen Kinder und Jugendliche mit
ihren verschiedenen Begabungen
und Interessen ernst genommen wer-
den. Schulqualität braucht ein lern-
förderndes und leistungsfreundliches
Klima auch außerhalb der Schule.
Sie braucht vergleichbare Schulab-
schlüsse, die international anerkannt
sind, verbindliche Prozesse der Eva-
luation im Blick auf Inhalte und Ziele
schulischen Lernens.

■ Für ein erziehungsbewusstes
gesellschaftliches Klima und mehr
Erziehungspartnerschaft zwischen
Eltern und Schule. Es gibt keine
Bildung ohne Erziehung und keine
Erziehung ohne Werte. Persönlich-
keitsbildung und Werteerziehung
gehören in die Schule, weil Kopf,
Herz und Hand zusammengehören.
Qualifikation und Wissen erhalten
ihren Sinn durch Menschlichkeit,

mehr unternehmerische Gestaltungs-
freiheit bekommen. Hochschulen
sollen ihre Gremienstrukturen zu-
gunsten von mehr Selbstverantwor-
tung und Effizienz reformieren. Wir
wollen Qualitätssicherung durch
mehr Wettbewerb der Hochschulen
untereinander.

■ Für eine bessere und kontinuierliche
Zusammenarbeit aller Einrichtun-
gen des Bildungswesen, um neue
Bildungswege im Blick auf lebenslan-
ges Lernen zu fördern und eine bes-
sere Verzahnung von Wegen der Erst-
und Weiterbildung zu bewirken.

Für die CDU Deutschlands ist das
Grundprinzip nachhaltiger Politik die
Gerechtigkeit zwischen den Genera-
tionen. Die Generation, die jetzt in
Verantwortung für Politik, Wirtschaft
und Gesellschaft steht, soll so han-
deln, dass den nachfolgenden Ge-
nerationen mindestens dieselben
Handlungsspielräume zur Verfügung
stehen. Auch für dieses Grundprinzip
sind Bildung und Erziehung zentral
bedeutsam. Wir schulden es den
nachfolgenden Generationen, dass
sie das Richtige richtig lernen und
auf die Herausforderungen und Mög-
lichkeiten der Wissensgesellschaft
optimal vorbereitet sind. Wir müssen
Sorge tragen für nachhaltiges Ler-
nen, wozu auch das Orientierungs-
wissen im Blick auf ethische Grund-
lagen und die Herausbildung von Ver-
antwortungsbereitschaft gehören.
Bildungspolitik gehört in den Zusam-

menhang einer nachhaltigen Politik.
Bildungsaufgaben sind deshalb Inve-
stitionsausgaben. Das Ergebnis der
Bildungsreformen in Deutschland
muss ein international anerkanntes
und wettbewerbsfähiges Bildungsw-
esen sein.

**Wir brauchen eine klare
Verteilung der Kompetenzen
und Zuständigkeiten zwi-
schen staatlichen Ebenen
und den privaten kleinen
Lebenskreisen.**

Mit zunehmender internationaler Ver-
flechtung wird auch die Kompetenz-
verteilung und Zuweisung von Verant-
wortlichkeiten auf staatliche Institu-
tionen und staatliche Ebenen zu
einem Wettbewerbsfaktor. Inner-
staatlich erfahren die Bürger „ihren“
Staat als unübersichtlich mit aus-
ufernder Zuständigkeit und freiheit-
gefährdender Regulierung. Wir wollen
für alle staatlichen Ebenen wie für
die europäische Ebene klare Zustän-
digkeiten und Verantwortungsberei-
che. Das Konnexitätsprinzip (wer
bestellt, bezahlt) muss durchgesetzt
werden. Unser Ziel ist ein erneuerter
und schlanker Staat, der Eigenver-
antwortung, vielfältige Gestaltungs-
möglichkeiten ermutigt bzw. zulässt.
Die Menschen erleben Ihre Gestal-
tungs- und Freiheitsspielräume zu
allererst vor Ort, in der Kommune.
Dort ist zu erfahren und zu erleben,

was Subsidiarität, Spielraum, Chance, Befähigung der kleinen Einheiten tatsächlich bedeuten können. Wir werden deshalb vor allen Dingen die kommunale Selbstverwaltung stärken und die Mitverantwortungsmöglichkeiten der Bürger, der Vereine, der Selbsthilfegruppen, die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens stärken und ermutigen. Wir wollen die aktive Bürgergesellschaft, denn die Menschen können und wollen mehr mit und in unserer Gesellschaft tun als ihnen die überregulierten, undurchsichtige, verantwortungs- und zuständigkeitsverschleiende staatliche Kompetenzverteilung zur Zeit einräumt.

Wir brauchen eine gestaltende Europapolitik.

Wir fordern die Rückkehr zu einer aktiven Außen- und Europapolitik, die der internationalen Verantwortung Deutschlands gerecht wird und die deutschen Interessen wahrt. Wir bedauern, dass außen- und europapolitisch Rot-Grün im Wesentlichen die notwendigen Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen schuldig bleibt. Die deutsche Ratspräsidentschaft wurde vertan und die innere Reform Europas vertagt.

Wir wollen ein großes und starkes Europa. Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihren Beitrag leistet, dass die inneren Reformen der Euro-

päischen Union tatsächlich, wie vorgesehen, beim EU-Gipfel im Dezember 2000 beschlossen werden, damit der Beitritt der am weitesten fortgeschrittenen Staaten Mittel- und Osteuropas nicht verzögert wird. Die innere Reform muss folgende Kriterien berücksichtigen:

- Die Ausarbeitung eines europäischen Verfassungsvertrages muss vorangetrieben werden, um die Verständigung über das Selbstverständnis Europas voranzutreiben.
- Das Subsidiaritätsprinzip erfordert dezentrale Entscheidungsstrukturen. Hierfür ist die deutliche Abgrenzung von Kompetenzen zwischen Europäischer Union, Nationalstaaten, Regionen und Kommunen notwendig.
- Der EURO muss eine starke Währung sein, darum dürfen die Stabilitätskriterien nicht aufgeweicht werden. Eine Politik des leichten Geldes lehnen wir ab.
- Die eigene außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU muss ausgebaut werden. Hierzu müssen die notwendigen Investitionen im nationalen Verteidigungshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Das geht angesichts der großen Unterschiede nur auf der Grundlage wirklicher Subsidiarität, wo dezentral, heimatnah entschieden wird und die europäische Ebene nur für das zuständig ist, was die Mitgliedstaaten oder die Regionen nicht mehr in eigener Verantwortung leisten kön-

nen. Und das muss geregelt sein, ehe die Europäische Union durch die Erweiterung noch schwerer zu reformieren sein wird.

Wer die Menschen für ein großes und starkes Europa gewinnen will, muss über Inhalt, Ziel und Grenzen dieser europäischen Einigung Klarheit schaffen. Diese öffentliche Debatte hat auch das Europäische Parlament gefordert. Die Bundesregierung aber will sie verweigern. Deshalb ist die Entscheidung über den Kandidatenstatus der Türkei zumindest verfrüht. Natürlich wollen wir alle eine Türkei, die möglichst eng an Europa und den Westen angebunden und ausgerichtet ist. Aber die Frage, wo denn die Grenzen Europas liegen sollen, muss beantwortet werden, ehe Europa an den Grenzen des Iran und des Irak angelangt ist. Für uns gilt, dass wir für Länder, deren Territorium nur zum Teil in Europa liegt, eigene Formen der Zugehörigkeit zu Europa, aber nicht eine uneingeschränkte volle Mitgliedschaft zur EU finden müssen, wenn diese EU als politische Verantwortungs- und Schicksalsgemeinschaft nicht überdehnt werden und an mangelnder Unterstützung und mangelndem Verständnis in der Bevölkerung scheitern soll.



Mit Energie und dem Willen, jetzt die richtigen Entscheidungen für Deutschlands Zukunft einzuleiten, beginnen

wir das neue Jahrhundert. Die Antworten, die heute auf die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gegeben werden, bestimmen vor allem das Leben der heute noch unter 50-Jährigen. Die Lebenserwartung der heute neu Geborenen reicht bereits an das Ende des gerade begonnenen Jahrhunderts. Die Weichenstellungen, die wir in den nächsten 5 bis 10 Jahren vornehmen, werden über die Lebenschancen dieser Generation entscheiden.

Wir sind überzeugt, dass nur eine nachhaltige Politik, die die Interessen zukünftiger Generationen berücksichtigt und globale Verantwortung beinhaltet, in der Lage ist, Antworten auf die heutigen Probleme zu geben. Unsere Probleme sind lösbar:

Noch nie standen die Chancen so gut, Frieden, Freiheit, Wohlstand und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten zu stärken. Dem Jahrhundert der Ideologien, der sozialen Verwerfungen und der Kriege soll eine neue Ära folgen: eine Zeit, in der Veränderung und Sicherheit, technisch-wissenschaftlicher Fortschritt und menschliche Nähe zu neuem Ausgleich finden. In dieses Ziel investieren wir unsere politische Kraft. Wir wollen den Menschen Brücken bauen in diese neue Zeit.

Dabei wissen wir, dass Glaubwürdigkeit die Voraussetzung dafür ist, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen.

nen. Vertrauen ist dann die Grundlage dafür, dass wir unsere programmatische Offensive auch durchsetzen können.

In Norderstedt setzen wir das Signal für den Beginn dieser Offensive, denn Erneuerung schafft Mehrheiten.

„Volle Kraft voraus“ – so gehen wir in die Landtagswahlen Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Volker Rühle und Jürgen Rüttgers werden die abgewirtschafteten und ideenlosen Landesregierungen in Kiel und Düsseldorf ablösen, die Landespolitik mit zeitgemäßen und zukunftsgerichteten Inhalten erneuern und unseren bundespolitischen Einfluss damit weiter erhöhen.

Die CDU ist die bewegende Kraft in Deutschland: Wiederaufbau, Deutsche Einheit, Aussöhnung mit unseren Nachbarn, europäische Integration – all dies verbinden die Menschen mit ihrem persönlichen Einsatz ebenso wie mit der Politik der CDU. Unsere Geschichte ist Verpflichtung für die Zukunft.

Wir handeln für die Zukunft, geleitet von der Kraft des Fortschritts hin zu einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft: zu einer Gesellschaft der freien, selbstbestimmt und selbstverantwortlich handelnden Bürger. Mit unserer programmatischen Offensive wollen wir nicht nur heute „mitten im Leben“ stehen, sondern auch die Partei des Lebens von Morgen sein.